

DER THRONFOLGER ERZHERZOG FRANZ FERDINAND UND SEINE EINSTELLUNG ZUR BÖHMISCHEN FRAGE

Von Robert A. Kann

Die gegenständliche Arbeit stellt keine Untersuchung des Wesens und der Möglichkeit eines böhmischen Ausgleichs in der späteren Regierungszeit Kaiser Franz Josephs dar, wie sie im historischen und politischen Schrifttum vielfach behandelt wurde. Dem Thronfolger persönlich sind überhaupt keine der verschiedenen Lösungsversuche dieses Problems zuzuschreiben. Der Zweck dieser Studie kann deshalb auch nicht der sein, das böhmische Ausgleichsproblem als solches zu behandeln. Ihre Aufgabe ist vielmehr, die Wertmaßstäbe und Absichten des Erzherzogs und seiner Ratgeber dar- und auszulegen, die seine Einstellung zur böhmischen Frage bestimmten und von großer Bedeutung hätten sein können, wäre es nicht zur Tragödie von Sarajevo gekommen.

Der Thronfolger war weder ein Nationalist noch ein Föderalist. Persönlich konnte man ihn wie Kaiser Franz Joseph als Vertreter eines deutsch orientierten Zentralismus ansehen¹, dem nationalistische Propaganda ein absoluter Greuel war. Alldeutschtum und magyarisches Ungartum waren neben Liberalismus — dieser für ihn fast gleichbedeutend mit Freimaurerei und Sozialismus — die ersten der mehr als sieben Plagen, die nach seiner Auffassung die Habsburger Monarchie bedrohten. Der Erzherzog war aber auch keineswegs ein Föderalist und in besonderen Fällen daher auch kein Trialist, Fehlschlüsse die häufig gezogen werden und gewöhnlich darauf zurückzuführen sind, daß Franz Ferdinand mit verschiedenen semi-föderalistischen Entwürfen identifiziert wird, die im Kreise seiner Mitarbeiter entstanden². Die Ansichten eines Fürsten oder führenden Staats-

¹ Kann, Robert A.: Erzherzog Franz Ferdinand und die österreichischen Deutschen. (Dokumente aus den Nachlässen Erzherzog Franz Ferdinand, Baernreither und Schießl.) Mitteilungen des österreichischen Staatsarchivs 13 (1960) 392—403. Siehe hier insbesondere den in extenso abgedruckten Brief des Thronfolgers an den Kabinettsdirektor v. Schießl aus dem Jahre 1908, in dem er für die Doppelsprachigkeit in den Ländern der böhmischen Krone und mittelbar in der ganzen Monarchie eintritt. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv Wien, Nachlaß Schießl, Karton 1.

² Siehe Kiszling, Rudolf: Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este. Graz-Köln 1953, insbesondere S. 215—260. — Franz, Georg: Erzherzog Franz Ferdinand und die Pläne zur Reform der Habsburger Monarchie. Brünn 1943, S. 40—98. — Siehe weiters Bardolff, Carl v.: Soldat im alten Österreich. Jena 1943, S. 136—171. — Chlumecy, Leopold v.: Erzherzog Franz Ferdinands Wirken und Wollen. Berlin 1929, S. 163—219. — Sosnosky, Theodor v.: Erzherzog Franz Ferdinand. München 1929, S. 33—105. Insbesondere im Hinblick auf die Aussichten der Verwirklichung der im Kreise des Erzherzogs entstandenen Programme siehe Kann, R. A.: Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Bd. 2. Graz-Köln 1964, S. 191—200, 353—358.

mannes mit denen gleichzusetzen, die in den ihm überreichten Denkschriften und Gutachten zum Ausdruck kommen, ist schon an sich problematisch. Im Falle des Erzherzogs erscheint eine solche Identifizierung dann völlig verfehlt, wenn er die Ausarbeitung föderalistischer oder semiföderalistischer Entwürfe in bestimmter Form gar nicht selbst verlangt hat. Wohl aber ist auf Grund der Quellenforschung mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er den Ausgleich von 1867 mit Ungarn in einer Weise revidiert haben würde, welche ungarische separatistische Tendenzen blockiert und die Zentralgewalt des Reichsoberhauptes wesentlich erhöht haben würde. Daß er den nach jahrelangen mühsamen Verhandlungen im verfassungsmäßigen Wege zustande gekommenen Ausgleich schlechthin aufgehoben hätte, ist hingegen nicht anzunehmen, da er mit Recht fürchtete, daß eine durch einen Staatsstreich ins Leben gerufene revolutionäre Bewegung in Ungarn auf andere Reichsteile hätte übergreifen können. Diese aber hätte leicht zur Intervention fremder Mächte, vor allem Rußlands, führen können³.

Wie die Entwicklung des Thronfolgers zeigt, hat sich zwar sein leidenschaftliches Temperament niemals geändert, wohl aber haben in den Jahren seiner Reife die Bedenken immer mehr zugenommen, radikale Maßnahmen zu ergreifen. Das gilt insbesondere für die Außen- aber auch für die Innenpolitik. Immerhin bestand doch ein wesentlicher Unterschied zwischen seinen geplanten Regierungsgrundsätzen und denen des alten Kaisers. Abgesehen von der viel schärferen Ablehnung liberaler und selbst josephinischer Regierungsgrundsätze durch den Erzherzog als durch den Kaiser hat Franz Joseph das Nationalitätenproblem, soweit es irgend möglich war, zu ignorieren gesucht. Daß dies letzten Endes nicht mehr möglich war, führte mit zur permanenten Krise der späteren Jahre seiner Regierungszeit. Franz Ferdinand hat andererseits versucht, im ungefähren Rahmen eines revidierten Ausgleichs von 1867 und der bestehenden Staats- und Kronlandsgrenzen, der nationalen Frage bis zu einem gewissen Grade ihr Recht werden zu lassen. Daß er hierin erfolgreicher gewesen wäre als der Kaiser, ist freilich nicht wahrscheinlich, da dynamische Massenbewegungen sich nicht durch Viertelertelfolge abspeisen lassen, besonders wenn selbst diese durch Konzessionen an eine größere Macht fordernde streng konservative Staatsgewalt erkaufte werden müssen.

Wenn der Erzherzog den nationalen Problemen der Monarchie, aber insbesondere denen der westlichen Reichshälfte, im großen und ganzen auf Grund des Gegebenen gegenübertreten wollte, so ist damit schon der Umriss seines Programmes abgezeichnet. Er hat sich demgemäß nicht so sehr für die Beziehungen zwischen Deutschen oder Tschechen in den Ländern der böhmischen Krone als Ganzes oder gar im Gesamtbereich interessiert, sondern vor allem für die nationale Frage in der von ihm durchaus anerkannten geschichtlichen Ordnung der Kronländer.

Hier muß man sich vor allem an Franz Ferdinands starke Bindung an die historische Tradition überhaupt erinnern. In diesem Sinne konnte er Böhmen als

³ Siehe Franz 99 f. — Bardolff 176 f. — Hötzen-dorf, Franz Conrad v.: Aus meiner Dienstzeit 1906—1918. Bd. 3. Wien 1921—25, S. 125—128.

das als geschichtliche Einheit traditionsreichste Kronland des zisleithanischen Österreichs ansehen. Bestimmt stand es in diesem Sinne auch im Mittelpunkt seines Denkens über die nationale Frage in der westlichen Reichshälfte. Dazu kamen noch Bindungen durch Grundbesitz, gesellschaftlichen Verkehr und Familienbeziehungen seiner Gattin, der Herzogin von Hohenberg, die als geborene Gräfin Chotek einem alten böhmischen Hochadelsgeschlecht entstammte. Ob man hiebei von wirklicher Sympathie für Böhmen sprechen kann, ist eine andere Frage bei einem Manne, dessen Vorliebe für bestimmte Gegenden — unbeschadet seines gesamtösterreichischen Patriotismus — weitgehend von ihrer Tauglichkeit als Jagdgebiet bestimmt war. Fest steht immerhin, und das bedeutete bei seinem Naturell als großer Hasser schon viel, daß er der Bevölkerung Böhmens, Deutschen wie Tschechen, keine grundsätzliche Abneigung entgegenbrachte. Hier besteht ein wesentlicher Unterschied gegenüber der völlig negativen Einstellung des Erzherzogs zum magyarisch beherrschten Ungarn.

Jedenfalls hat der Thronfolger in Böhmen, insbesondere seit der Erwerbung des Schlosses Konopischt, seiner Hauptresidenz außerhalb Wiens in den letzten zwei Jahrzehnten seines Lebens, weit mehr Zeit verbracht als in irgend einem anderen nichtdeutschen Kronland und wahrscheinlich fast ebensoviel Zeit wie in Wien. Die Bevölkerung Böhmens, Deutsche wie Tschechen, glaubte er gut zu kennen. Eine Reihe von Männern und Frauen, die ihm besonders nahe standen, gehörte dem böhmischen Hochadel an und der einzige Nichtadelige und Nichtmilitär, dem er wirklich große Sympathien entgegenbrachte, sein Kammerdiener Janacek, war ein böhmischer Tscheche. Zweifellos brachte der Erzherzog allen böhmischen Fragen auch ein weit größeres Interesse entgegen als denen der anderen Sudetenländer.

In dem thematisch begrenzten böhmischen Rahmen wird die Frage der Haltung des Erzherzogs auf zwei Ebenen zu betrachten sein: zunächst des Thronfolgers enge persönliche Beziehungen zu böhmischen Aristokraten und Anschauungen zu Fragen der Landespolitik, und eng damit verbunden seine Stellung zu Fragen der böhmischen Politik selbst. Hier ergeben sich natürlich auch Kontakte zu hohen Regierungsfunktionären, Mitgliedern des Reichsrats und Männern seines eigenen Stabes.

In die erste Gruppe fällt vor allem der spätere Außenminister Graf Ottokar Czernin, dessen Einfluß auf den Erzherzog über die böhmischen Fragen weit hinausgreift⁴, der aber auch als Ratgeber des Erzherzogs in Fragen der böhmischen Landespolitik eine wesentliche Rolle gespielt hat. Ferner wäre hier Fürst Karl Schwarzenberg, eine bedeutend weniger umstrittene Persönlichkeit als Czernin, zu nennen, der für den Erzherzog geradezu den Prototyp des loyalen böhmischen Feudalherrn darstellte. Als dritter kommt Graf (später Fürst) Jaroslav Thun in Betracht, der Schwager des Thronfolgers, der auch in dessen Testament als Vormund der erzherzoglichen Kinder eingesetzt wurde. Wenn diese doppelte Beziehung auch auf ein besonderes Vertrauensverhältnis zum Erzherzog hinweist,

⁴ Czernin, Ottokar: Im Weltkrieg. Berlin 1919, S. 43—66. — Kann, Robert A.: Count Ottokar Czernin and Archduke Franzis Ferdinand. JCEA 16/11 (Juli 1956) 117—145.

so doch keineswegs auf eines der Intimität. Für den Thronfolger waren die Aristokraten privilegierte Untertanen mit Betonung auf dem Hauptwort. Von ihnen wurde eine besondere Loyalität verlangt. Im Falle des österreichischen Hochadels wurde diese gemeinhin, aber keineswegs immer, angenommen. Diese Aristokraten standen daher dem Throne näher als bürgerliche Politiker und Fachleute. Im Falle des ungarischen Hochadels war mit ganz wenigen Ausnahmen das Gegenteil der Fall. Der Erzherzog betrachtete sie häufig als potentielle Rebellen und Hochverräter. Er lehnte sie daher noch schärfer ab als bürgerliche Politiker, da von der Aristokratie eben eine besondere Bindung an den Thron gefordert werden konnte.

Die zentrale Persönlichkeit in böhmischen Angelegenheiten war für den Erzherzog Graf, später Fürst, Franz Thun, der um siebzehn Jahre ältere Bruder des Grafen Jaroslav, mit dem der Erzherzog als Ministerpräsidenten 1898/99 und langjährigem Statthalter Böhmens (1889—96 und 1911—15) mehr über böhmische Politik verhandelt hat als mit irgend jemand anderem. Obwohl zwischen Franz Ferdinand und Thun, mit Ausnahme der zu erörternden Krise von 1896, lebhaftes gesellschaftliche Beziehungen bestanden, war sein Verhältnis zu ihm weit problematischer als zu irgend einem anderen der böhmischen Feudalherren. Zu ihrem Kreis zählte auch Graf Ernst Silva Tarouca, Mitglied des böhmischen Landtages und des Herrenhauses, und der spätere Ministerpräsident Graf Heinrich Clam-Martinic und — mit Einschränkung — der mehrfache Minister und erfahrene Politiker Dr. Joseph Maria Baernreither. Alle diese Männer gehörten dem Lager der verfassungstreuen deutschen Großgrundbesitzer in Böhmen an und konnten als in politischer Beziehung ausgesprochen konservativ, in nationaler Hinsicht aber als gemäßigt betrachtet werden. Dies gilt ganz besonders für Clam-Martinic. Für Baernreither, den einzigen Bürgerlichen in dieser Gruppe, der daher auch gesellschaftlich nicht in den Kreis des Erzherzogs gezogen wurde, muß ein anderer politischer Wertmaßstab angelegt werden als für die Feudalherren. Er war verhältnismäßig weniger konservativ eingestellt, dafür aber national etwas stärker betont deutsch, wenn auch keineswegs radikal national. Der Erzherzog unterhielt gelegentliche politische Verbindungen zu deutsch-böhmischen bürgerlichen Politikern, wie etwa dem Obmann der deutschen Volkspartei D. Karl v. Chiari. Im wesentlichen aber wurde er über die deutschen Anliegen durch die konservativen Hochadeligen seines Vertrauens, durch die Ministerpräsidenten und seinen eigenen Stab informiert. Mit tschechischen Parlamentariern wie dem Obmann des Tschechenklubs im österreichischen Abgeordnetenhaus, Dr. Friedrich Pácak, der es trotz seiner sehr radikalen Vergangenheit 1906 zum Minister bringen sollte⁵, und Dr. Karl Kramář, dem bedeutenden Jungtschechenführer, stand er in noch selte-nerem Kontakt.

Außerhalb Böhmens sind vor allem die Leiter der Militärkanzlei des Erzherzogs zu nennen, der weltkluge Oberst Alexander Brosch v. Aarenau und Oberst Dr. Carl Bardolff, der nach dem Tod des Erzherzogs immer mehr ins deutsch-nationale Lager überschwenkte. Natürlich spielten auch die Ministerpräsidenten,

⁵ Pácak wurde 1868 wegen Hochverrats verurteilt und erst 1871 amnestiert.

insbesondere Körber, Beck und Bienert, eine wesentliche Rolle bei der Erörterung einschlägiger Fragen. Die ersten beiden wurden im Zuge ihrer Ministerpräsidentenschaft dem Erzherzog völlig entfremdet. Das gilt vor allem für Beck, der bis zum Jahre 1907 des Thronfolgers intimster politischer Vertrauensmann war und dann, da er die Ministerpräsidentenschaft unter dem alten Kaiser annahm, aufs heftigste vom Thronfolger bekämpft wurde.

Um nunmehr kurz auf die Quellenlage einzugehen, so gibt es rein quantitativ reiches Material zur Behandlung unseres Themas. Doch ist es, kritisch betrachtet, in zweifacher Hinsicht stark beschränkt. Zum ersten bezieht es sich hauptsächlich auf die Verbindungen des Erzherzogs zu deutschböhmischen Feudalherren und kaiserlichen Ministern. Aufzeichnungen der wenigen Parlamentarier, mit denen der Erzherzog über den Gegenstand gesprochen hat, liegen kaum vor. Zum zweiten aber beinhaltet die reichste Quelle, auf die sich die Franz-Ferdinand-Forschung stützen muß — der im Haus-, Hof- und Staatsarchiv deponierte Nachlaß —, mit wenigen Ausnahmen nur die an den Erzherzog gerichteten Schreiben und Memoranden und Entwürfe seiner Militärkanzlei⁶. Allerdings ist vielfach die Vorlage solcher Schriftstücke vom Thronfolger selbst angefordert worden und aus ihrem Inhalt können in vorsichtiger Weise wichtige Schlüsse gezogen werden. Die vielen Denkschriften, die dem Thronfolger ohne irgendeine Initiative seinerseits zugingen, müssen hingegen außer Betracht bleiben. Hinsichtlich der für uns besonders wesentlichen Korrespondenz des Thronfolgers und der Schriftstücke jener, die mit dem Erzherzog in Kontakt, meist sogar in regelmäßigem Kontakt standen, sind unzweifelhaft die Briefe und Memoranden Czernins zu unserem Gegenstand die reichste und interessanteste Quelle. Sie wurden zum Teil veröffentlicht und im Schrifttum mehrfach besprochen⁷. Im Nachlaß befinden sich auch Briefe und Denkschriften der Brüder Thun, des Fürsten Karl Schwarzenberg, der Grafen Clam-Martinić und Silva-Tarouca, die reichhaltigen Aufzeichnungen der Chefs der erzherzoglichen Militärkanzlei und Briefe der kaiserlichen Ministerpräsidenten. Ferner liegt eine Denkschrift Dr. Baernreithers vor und mehrfache Hinweise auf ihn in den Memoranden von Czernin sowie die Tagebücher Baernreithers, die aber nicht Teil des Nachlasses sind.

Am wichtigsten sind die hauptsächlich in den tschechoslowakischen staatlichen Archiven deponierten schriftlichen Äußerungen des Erzherzogs selbst. Dort liegt aber auch die Mehrzahl der Briefe der Fürsten (Grafen) Franz und Jaroslav

⁶ Die im folgenden herangezogenen Briefe und Denkschriften, die an den Erzherzog gerichtet sind, befinden sich in dem im Haus-, Hof- u. Staatsarchiv in Wien deponierten Nachlaß des Erzherzogs, der sich im Besitz der Familie Hohenberg befindet (im folgenden zitiert als Nachlaß F. F.). Die meisten hier zitierten Schreiben des Erzherzogs befinden sich derzeit im Staatsarchiv Dčín (Tetschen) bzw. dessen Zweigstellen. Für andere Dokumente wird das jeweils in Betracht kommende Archiv angegeben. Es sei hiermit den tschechoslowakischen Archiven, dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien und der Familie Hohenberg der beste Dank ausgesprochen.

⁷ Nachlaß F. F., Abteilung II, Briefe, Kartons 12, 13. — K a n n : Count Ottokar Czernin. — M i t t e r, Oskar (Hrsg.): Joseph Maria Baernreither. Der Verfall des Habsburgerreiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches 1897—1917. Wien 1938, S. 177—290 passim.

Thun und des Fürsten Karl Schwarzenberg. Sie werden hier weitgehend herangezogen.

Um zunächst auf die Beziehung des Thronfolgers zu Czernin mit besonderer Berücksichtigung der böhmischen Frage zurückzukommen, so war dieser zwischen 1905 und 1913 zweifellos der eifrigste, was aber nicht notwendig heißt der intimste Ratgeber des Erzherzogs. Es bestehen jedenfalls mehrfache Anzeichen dafür, daß sein Einfluß im Spätherbst 1913, als er den Gesandtenposten in Bukarest annahm, bereits im Abklingen war und daß der Thronfolger schließlich von Czernins außen- und innenpolitischem Radikalismus unangenehm berührt war⁸. Auch der eiskalte Zynismus des Grafen in seinem Urteil oder meistens Aburteil von Menschen dürfte den Erzherzog letzten Endes nicht angesprochen haben. Trotz seines mißtrauischen Charakters und der Starrheit seiner Anschauungen war der Thronfolger selbst schon auf Grund seiner starken Religiosität durchaus nicht zynisch eingestellt. Obwohl Czernin den Erzherzog in böhmischen Fragen zweifellos auf dessen Verlangen beriet, wird man gerade hier besonders vorsichtig sein müssen, wenn man von Czernins Anschauungen auf die des Erzherzogs schließen will. In der böhmischen Frage vertrat der Graf im großen und ganzen einen deutsch-zentralistischen, wenn auch an sich durchaus nicht a limine antischedischen Standpunkt. Den tschechischen Nationalismus identifizierte er hingegen mit Hochverrat und sah das einzige Abwehrmittel im Oktroy von Landesgesetzen und in den schärfsten Polizeimaßnahmen. Gesellschaftlich traf er mit dem Erzherzog häufig zusammen und hat im Umgang mit dem Thronfolger dessen Erregbarkeit zweifellos noch gesteigert. Ob Czernins Haltung auch ein gewisser Opportunismus zugrundelag, dem Erzherzog Vorschläge zu machen, die er gerne hörte, bleibe dahingestellt. Es ist andererseits durchaus zuzugeben, daß Czernins Persönlichkeit während seiner stark umstrittenen Ministerschaft im Kriege gewachsen ist. Auch waren seine Urteile über den Erzherzog und sein vermutliches Regierungsprogramm, wie er sie in seinem im Jahr 1920 erschienenen Buch „Im Weltkrieg“ niederlegte, wesentlich abgeklärter als seine Briefe und Gutachten der Vorkriegszeit von 1908 bis 1914. Wir haben uns hier aber mit seinen fast ausschließlich rechtsradikalen, unheilvollen Bemühungen dieser Periode, den Erzherzog zu beeinflussen, auseinanderzusetzen.

Vielleicht noch größer als der Einfluß Czernins bis 1913 war der des späteren Schwagers des Erzherzogs Graf (Fürst) Jaroslav Thun. Seine Einstellung gegenüber dem Tschechentum war ungefähr der Czernins gleichzusetzen. Ungleich Czernin war er aber streng kirchentreu eingestellt. Sein sozusagen konservativer Rechtskonservatismus stand in seiner Schärfe dem des späteren Außenministers nur wenig nach. Zweifellos machte Jaroslav Thun aber den Eindruck eines geistig weniger begabten und dafür auch weniger sprunghaften Mannes als Czernin. Man wird vielleicht annehmen können, daß diese minder temperamentvolle Haltung, verbunden mit der Tatsache der Verschwägerung, auf den Thronfolger eine auf

⁸ K a n n : Count Ottokar Czernin 120—123. — D e r s.: Erzherzog Franz Ferdinand und Graf Berchtold als Außenminister 1912—1914. MÖStA 22 (1969) 246—278, hier insbesondere 248—253. Die Briefe des Erzherzogs an Graf Berchtold befinden sich derzeit im Staatsarchiv in Brno (Brünn).

lange Sicht hin stärkere, aber kaum bessere Wirkung ausübte als die Haltung Czernins. Verstärkt wurde der Einfluß Jaroslav Thuns vermutlich noch durch den Umstand, daß der Erzherzog Thuns Gattin, die Gräfin Maria Thun, außerordentlich schätzte und mit ihr schon mehrere Jahre vor der Verbindung mit Gräfin Sophie Chotek, ihrer Schwester, in lebhafter, allerdings völlig unpolitischer Korrespondenz stand⁹.

Der dritte dem Erzherzog persönlich nahestehende böhmische Feudalherr war Fürst Karl Schwarzenberg, mit dem der Thronfolger, wie auch mit Jaroslav Thun, ein Jahrzehnt länger in Korrespondenz stand als mit Czernin. Schwarzenberg war ein streng konservativ eingestellter böhmischer Feudalherr, jedoch mit einem wesentlich ruhigeren Temperament bedacht als Czernin und auch weniger radikalen Tendenzen zugeneigt als Jaroslav Thun. Gesellschaftlich stand er Franz Ferdinand zweifellos nahe, konnte auch im Herrenhaus als einer seiner Vertrauensmänner angesehen werden, doch war Schwarzenberg gewiß keine politische Natur. Wie weit sein Einfluß bei dem Thronfolger reichte, ist schwer abzuschätzen; wenn er ihn geltend machte — und der Erzherzog schätzte Schwarzenberg außerordentlich —, hat er sich vermutlich radikalen Zwangsmaßnahmen abgeneigt gezeigt. Das gleiche gilt in noch größerem Maße für den Grafen Heinrich Clam-Martinić, einen hochadeligen Großgrundbesitzer, der zweifellos klüger als Jaroslav Thun und Karl Schwarzenberg war und in nationalen Fragen eine Mittelstellung zwischen dem deutschen und tschechischen konservativen Standpunkt einnahm.

Soweit die Männer, deren Einfluß auf den Erzherzog vorwiegend auf persönliche Beziehungen und nicht auf ihre Stellung zurückzuführen war. Was wiederum zunächst Czernin betrifft, so erklärte er in einer im Februar 1909 dem Erzherzog unterbreiteten Denkschrift, daß „so unmöglich diese böhmische Frage *parlamentarisch* gelöst werden kann, so leicht wäre sie durch kaiserlichen Oktroy zu beendigen. Sie parlamentarisch zu lösen, heißt die Zustimmung der Herren Klofáč, Baxa, Wolf, Iro und Genossen zu erhalten, d. h. die Zustimmung jener Männer, welche die Todfeinde der Dynastie und des Reiches sind . . . Die böhmische Frage ist zu lösen, indem man die Abgeordneten und die Presse übergeht und den Völkern selbst und direkt den Frieden gibt.

Auch in Böhmen wird es vorerst nicht ohne Unruhen abgehen, weil die bis jetzt stets strafbaren Hetzer eine große Macht erlangt haben, und ich glaube nicht, daß es ohne gewisse Ausnahmsregeln gehen wird, die oktroyierten Gesetze einzuführen; aber so wie einige Führer im Kerker sitzen oder hängen wird die ‚Beruhigung des Volkes‘ epidemisch werden¹⁰.“ Nach dieser für den Czernin der

⁹ Staatsarchiv Děčín (Tetschen), Zweigstelle Klášterec nad Ohří (Klösterle) enthält eine Reihe von Briefen des Erzherzogs an die Gräfin. Die Korrespondenz begann im Jahre 1888. Die ersten dort erliegenden Briefe des Erzherzogs an den Grafen Jaroslav stammen hingegen erst aus dem Jahre 1894.

¹⁰ Nachlaß F. F. II, Karton 12, Denkschrift Czernins, Winař, Februar 1909. Hervorhebungen befinden sich im Text selbst. Wenzel Klofáč und Dr. Karl Baxa, der spätere Bürgermeister von Prag, waren Führer der 1898 gegründeten tschechischen nationalsozialistischen Partei. Karl Iro war parteimäßig alldeutsch und Karl Hermann Wolf deutschradikal. Alle gehörten 1909 dem österreichischen Abgeordnetenhaus an.

Vorkriegszeit höchst charakteristischen Präambel schlägt er allerdings ein nach seiner Meinung weitgehendes Zugeständnis an den tschechischen Standpunkt vor, nämlich die Einführung der Doppelsprachigkeit im ganzen Kronlande. Diese Konzession wird allerdings dadurch wieder teilweise aufgehoben, daß die deutsche Sprache als staatliche Vermittlungssprache dekretiert werden soll. Ob nun die Idee der vollen Doppelsprachigkeit in Böhmen eine richtige war oder nicht, und manches spricht für diesen Standpunkt, man wird in ihr insofern kaum ein Zugeständnis an den tschechischen Standpunkt erblicken können, als eine solche Regelung sich natürlich vor allem zugunsten der nationalen Minderheit im Lande, also der Deutschen, ausgewirkt hätte. Die weitere Behauptung, daß dieser Plan eine gewisse mittelbare Anerkennung des Königreiches Böhmens beinhalte, die der tschechischen „kindischen Eitelkeit“ schmeicheln würde, ist schwer verständlich. Czernin, der seine Vorschläge den Badenischen Sprachenverordnungen gleichsetzt — was den Tatsachen jedoch nicht ganz entspricht —, ist andererseits bereit, deutschen nationalen Widerstand in Nordböhmen mit Gewalt zu brechen.

Im selben Memorandum, das sich zum Teil mit Vorschlägen für die Besetzung hoher Regierungsposten befaßt, werden als Feudalherren, „welche das Glück haben“, mit dem Erzherzog näher bekannt zu sein, Thun, Schwarzenberg, Clam-Martinic und /Silva-/Tarouca genannt¹¹. Von tschechischen Politikern werden die beiden jungtschechischen Führer, Dr. Josef Fořt und Dr. Karl Kramář, von denen der erstgenannte 1906/07 Handelsminister und somit eine kaiserliche Exzellenz war, folgendermaßen charakterisiert: „Ich kenne beide sehr sehr gut, sie sind die bedeutendsten Čechen; wild national; verlogen ganz unverlässliche Streber; auf parlamentarischem Boden gefährliche Feinde.“ Von den Deutschen kommt der vorgenannte Dr. Baernreither, dessen Einfluß auf den Erzherzog Czernin bis zu einem gewissen Grade fürchtete, am schlechtesten weg. „Sehr geschickt und gebildet. Brillanter Redner. Aber völlig unverlässlich und dermaßen verlogen, daß es ihm schmerzlich ist, jemals die Wahrheit zu sprechen; dabei furchtsam wie eine hysterische Frau. Sehr ambitiös. Jedes Ministerium, in das er eintritt ist schon verloren.“ In einem weiteren Schreiben bemerkt Czernin, daß Baernreither „mit den meisten Schweinereien Europas in ständigem Contact lebt“¹². Diese Charakterisierungen haben Czernin übrigens durchaus nicht gehindert, später freundschaftliche Beziehungen zu Baernreither anzuknüpfen¹³. Es folgt dann der Entwurf eines Sprachengesetzes für das zisleithanische Österreich, welches die im Absatz 2 des Paragraphen 19 des Staatsgrundgesetzes 142 vom 21. Dezember 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürgerschaft festgesetzte Gleichberechtigung aller landesüblichen Sprachen aufheben will und im übrigen, wie schon angeführt, die Doppelsprachigkeit für Böhmen einzuführen beabsichtigt¹⁴.

¹¹ Vermutlich Jaroslav Thun.

¹² Nachlaß F. F. II, Karton 12, Schreiben Czernins an den Erzherzog, Grundlsee am 26. Juli 1910.

¹³ Siehe K a n n, R. A.: Die Sixtusaffäre und die geheimen Friedensverhandlungen Österreich-Ungarns im ersten Weltkrieg. Wien 1966, S. 18—30.

¹⁴ Nachlaß F. F. II, Karton 12, Memorandum Czernins, Winař, Februar 1909; über die Sprachenfrage in diesem Zusammenhang siehe K a n n: Das Nationalitätenproblem II, 190—193, 417—418.

In einer Mitteilung an den Erzherzog vom 21. März 1909 empfiehlt dann Czernin als politisches Rezept die Verhaftung tschechischer Agitatoren und daraufhin die Verhängung der Untersuchungshaft auf mehrere Wochen. Dann aber wären diese Leute freizulassen, da man wegen der Unzuverlässigkeit der tschechischen Richter keine Gerichtsverhandlungen riskieren könne¹⁵.

Im Jänner 1910 unterbreitet Czernin sein „Memorandum über die politische Richtung des Adels Böhmens“, in dem auf die Gefahr der Zersetzung des Adels der Monarchie durch den Nationalismus hingewiesen wird. Jeder Aristokrat solle „erst Österreicher und dann Deutscher oder Čeche sein“. Czernin empfiehlt dringend die Einigung des tschechischen und deutschen Adels in Böhmen, insbesondere des Großgrundbesitzes, durch gemeinsame Festlegung auf ein übernationales österreichisches Programm. Ein solches würde den Einfluß des Adels, d. h. praktisch der Aristokratie, im Landtag erhöhen. Es wäre die Pflicht des Adels, und man kann hinzufügen sein Interesse, gegen die Wahlreformbestrebungen des böhmischen Landtags aufzutreten¹⁶.

Zu diesem Programm hat der spätere Ministerpräsident Graf Heinrich Clam-Martinic in einer Denkschrift an den Erzherzog Stellung genommen. Clam stellt die gesamtösterreichische Haltung des Adels nicht nur als Wunschziel, sondern weitgehend als Tatsache hin, nimmt aber für den böhmischen Adel bis zu einem gewissen Grade die Freiheit in Anspruch, auch seine nationalen Interessen vertreten zu dürfen. So könne eine konservative Wirtschaftspolitik nur eine agrarische sein. Hingegen lehnt Clam streng klerikale Einflüsse im parteimäßigen Sinn ab. Über die Aussichten des Konservatismus auf lange Sicht hin macht er sich keine Illusionen. Alles in allem muß man ihn als gemäßigter ansehen als Czernin, was er ja auch in seiner Amtsführung als Ministerpräsident im Jahr 1917 unter Beweis stellte. Auch ist ihm gegenüber dem streng klerikal gesinnten Erzherzog in konfessionellen Fragen eine gewisse Unabhängigkeit zuzusprechen¹⁷.

Czernin ist im Jahre 1910 mit Einigungsverhandlungen zwischen dem deutschen und tschechischen verfassungstreuen Großgrundbesitz Böhmens, richtiger dem Hochadel beider Lager beschäftigt. Er entwirft weiterhin eine Novellierung der Landesordnung für Böhmen, der insofern Bedeutung zukommt, als sie auf ausdrücklichen Wunsch des Thronfolgers abgefaßt wurde. Besonders wichtig sind für Czernin und vermutlich den Erzherzog folgende Gesichtspunkte: die Bewahrung der Kurie des Großgrundbesitzes, die in deutsche und tschechische Sektionen unterzuteilen ist. Ein Vetorecht der Landtagskurien ist in nationalen und politischen Fragen vorgesehen. Auch greift Czernin auf die Idee der nationalen Kreise und Kreisvertretungen des Reichstags von Kremsier zurück. Diese Vertretungen sollen allerdings auf Grund eines höchst eingeschränkten Wahlrechtes gewählt werden. Der Entwurf wurde neben Czernin und anderen von Baernreither, Clam-Martinic und Karl Schwarzenberg mitunterzeichnet¹⁸.

¹⁵ Nachlaß F. F. II, Karton 12, Memorandum Czernins, Winař, 21. März 1909.

¹⁶ Nachlaß F. F. II, Karton 12, Memorandum Czernins, Jänner 1910.

¹⁷ Nachlaß F. F. II, Karton 12, Bemerkungen zum Exposé (Czernins) über die politische Richtung des Adels in Böhmen, Smečna, 20. Februar 1910.

¹⁸ Nachlaß F. F. II, Karton 12, Memorandum Czernins, Winař, 20. Juli 1910. Der Entwurf ist, ungleich den anderen Denkschriften, privat gedruckt.

In einem weiteren Memorandum vom Juli 1910 über die Politik der Großgrundbesitzer im böhmischen Landtag spricht sich Czernin für einen deutsch-tschechischen Ausgleich durch Oktroy aus. Er würde bestimmt nicht zu einer Revolution führen aber, wie er in einem Schreiben an den Erzherzog vom 23. August 1910 ausführt, eine heilsame Wirkung auf die Regelung der ungarischen Verhältnisse ausüben, nachdem offensichtliche Analogien zwischen böhmischen und ungarischen staatsrechtlichen Ansprüchen ersichtlich sind. Denn „Man muß den Leuten . . . klar machen, daß zwischen beiden Bewegungen ein enger Contact besteht und daß man *beide* schädigt, wenn man *eine* umbringt . . .“¹⁹.

In der Denkschrift vom 15. August 1912 wird dann Czernins Plan zur Lösung der österreichischen Sprachenfrage näher ausgeführt. Der berühmte Paragraph 19 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger von 1867 soll novelliert werden. Die deutsche Sprache wäre danach als „*staatliche Vermittlungssprache*“ für die gesamte westliche Reichshälfte festzusetzen, andererseits die Gleichberechtigung mehrerer Sprachen, so in Tirol deutsch und italienisch, in Böhmen deutsch und tschechisch, anzuerkennen, eine Gleichberechtigung, die natürlich durch die vorerwähnte Aufhebung des zweiten Absatzes dieses Paragraphen wesentlich eingeschränkt wird²⁰.

Im allgemeinen sind Czernins Pläne für eine Oktroy- und unter Umständen direkte Gewaltpolitik durchaus nicht in erster Linie auf Böhmen sondern auf Ungarn ausgerichtet. Seine frenetischen Bemühungen, den Thronfolger auf ein radikales Einschreiten gegenüber Ungarn festzulegen, bilden aber den Hintergrund für die Art seiner Vorstellungen von einer Lösung der böhmischen Frage. Doch war, wie schon oben bemerkt, sein Einfluß in den letzten Lebensjahren des Erzherzogs stark im Abklingen, wie das aus einem Schreiben an den Erzherzog vom 27. Jänner 1913 klar hervorgeht. Danach nimmt Czernin an, daß ihn der Erzherzog nach seinem Regierungsantritt nicht mehr für ein hohes Staatsamt in Aussicht nehmen würde²¹.

Auf viel glatteren Bahnen bewegten sich die Beziehungen zwischen dem Erzherzog und Fürst Karl Schwarzenberg, die mindestens bis auf das Jahr 1892 zurückgehen. Franz Ferdinand hat Schwarzenberg, wie gleichfalls früher bemerkt, als einen seiner engen Vertrauensleute im Herrenhaus angesehen und ihn mehrfach ersucht, dort in bestimmten Fällen seine Politik zu vertreten. Was die besonderen Beziehungen zu böhmischen Verhältnissen betrifft, liegt ein Brief des Erzherzogs an Schwarzenberg vom 12. Juni 1892 vor, in dem er unterstreicht, wie vorteilhaft ein Empfang des Kaisers in Prag von dem in Budapest abgestochen

¹⁹ Nachlaß F. F. II, Karton 13, Memorandum Czernins, Grundlsee, Juli 1910 und Schreiben Grundlsee, 23. August 1910. Siehe auch die Denkschrift Czernins zur Lösung der Sprachenfrage in Österreich d. d. Grundlsee 15. August 1912, in welcher derselbe Gedanke ausgedrückt wird.

²⁰ Nachlaß F. F. II, Karton 13, Memorandum Czernins, Grundlsee, 15. August 1913.

²¹ Nachlaß F. F. II, Karton 13, Brief Czernins aus Viareggio bei Pisa vom 27. Jänner 1913. Siehe auch Anmerkung 8.

habe. Das bezieht sich sowohl auf die allgemeine Festesstimmung, die Ausschmückung der Stadt, wie insbesondere die Haltung des Adels²².

In einem Brief vom 13. Oktober 1895 an Schwarzenberg wendet sich der Thronfolger scharf gegen neue Konzessionen in den österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen: „. . . ich finde man kann einfach den Ausgleich nicht mehr annehmen. Man muß ihn mit allen Mitteln angreifen und dieses schöne patriotische Werk nicht den Jung Čechen und Antisemiten überlassen . . .“²³.

Besonders interessant ist ein langes Schreiben des Thronfolgers vom 22. März 1896, in dem er sich zunächst über die skandalöse Einrichtung der Zivilehe in Ungarn ausläßt, dann aber auf böhmische Verhältnisse zu sprechen kommt. „Hier diese unglückseligen nationalen Bestrebungen, diese particularistischen Wünsche und diese ‚führende‘ polnische Wirtschaft, dieses Coquetieren mit einer radikalen Partei, wie es die Jung Č. [Jungtschechen] sind, dieses Bestreben dieses Gift noch zu unterstützen, statt es mit allen Mitteln zu bekämpfen u. auszurotten, dies Beseitigen eines so vorzüglichen Statthalters, der seinem Kaiser so ergeben war und die Verhältnisse des Landes so genau kannte; der sich *traute* den J. C. entgegenzutreten²⁴, ist einfach eine Gewissenlosigkeit, deren aber nur ein so eitler, nach Popularität haschender Polak wie Badeni²⁵ fähig ist . . . Wie gesagt mit *großem Bedauern* sehe ich den Statthalter scheiden, der einzige Vorwurf, den man ihm machen kann ist, daß er oft zu nobel von den anderen Leuten dachte, die diess ausnützten . . . So z. B. hätte ich nie einen Erzherzog wie meinen Vater in diese jungtschechische radicalnationale Ausstellung nach Prag gehen lassen, der Statthalter dachte eben zu nobel von den Leuten und wußte nicht, wie diese diess ausnützen würden. Der Rücktritt des Statthalters ist ein großer Verlust für die gute Sache, und ich kann nur hoffen, daß ein so bewährter edler Mann jetzt in anderer Weise Gelegenheit haben wird seinem Kaiser von Nutzen zu sein . . .“

Es folgt ein Bericht über des Erzherzogs Lungenleiden und der Ausdruck des Bedauerns über die kommenden Millenniumfeiern „für die 1000jährige edle Hunnennation“. Dementsprechend hat auch der Erzherzog einen in seinem Besitz befindlichen Esel, der „bisher Boreo (Borro) hieß, in *Millennium* umgetauft“²⁶.

Der weitere Briefwechsel zwischen dem Thronfolger und Schwarzenberg bezieht sich hauptsächlich auf den gesellschaftlichen Verkehr, insbesondere aber auf die beiden besonders wichtigen Jagdangelegenheiten. Direktiven an Schwarzenberg, wie er sich bei Abstimmungen im Herrenhaus verhalten möge, werden im Namen des Erzherzogs durch seinen Obersthofmeister Baron Rumerskirch verfaßt und übermittelt. Sie nehmen aber nicht direkt auf böhmische Angelegenheiten Bezug. Ein Schreiben Schwarzenbergs an den Erzherzog vom 30. Jänner 1906 nimmt, wie kaum anders zu erwarten, gegen die geplante große Wahlrechtsre-

²² Staatsarchiv Třeboň (Wittingau), Schreiben des Erzherzogs an K. Schwarzenberg, Odenburg, 12. Juni 1892.

²³ Staatsarchiv Třeboň (Wittingau), Schreiben des Erzherzogs, Lussinpiccolo, 13. Oktober 1895.

²⁴ Graf Franz Thun.

²⁵ Ministerpräsident Graf Kasimir Badeni.

²⁶ Staatsarchiv Třeboň (Wittingau), Schreiben des Erzherzogs an Karl Schwarzenberg, Teschn [sic!], 22. März 1896.

form Stellung²⁷. Doch ist die Diktion Schwarzenbergs im Vergleich zu der Czernins entschieden gemäßigt.

Graf Jaroslav Thun, seit dem Tod seines Bruders im November 1916 Fürst Thun, der Schwager des Erzherzogs, steht hingegen in seiner radikalen Auffassung Czernin wesentlich näher als Schwarzenberg oder seinem eigenen älteren Bruder Franz. Die Korrespondenz zwischen dem Erzherzog und Jaroslav Thun geht bis auf das Jahr 1894 zurück. In ähnlicher Weise wie Czernin läßt sich Thun mit Schreiben vom 22. Dezember 1894 über die besonderen Loyalitätsverpflichtungen des Adels aus, seinem Herren zu dienen und „nicht in schmeichlenden glatten Tönen, nein in offener Sprache . . .“²⁸. Allerdings ist aus dem Briefwechsel nicht zu ersehen, daß der Graf dem Erzherzog widersprochen hätte, mit dem er sich in lebhaftem Gedankenaustausch nicht nur über böhmische sondern weitgehend auch über ungarische Fragen befand. Jedenfalls hat Thun ebenso wenig wie Czernin dem Erzherzog den Dienst erwiesen, seine leidenschaftliche Erregung gegenüber dem vermutlich revolutionären Ungarn zu beschwichtigen. „Wir gehen ja“, wie der Erzherzog am 10. Juli 1895 schreibt, „in Ungarn direkt der Revolution entgegen, aber ich sage immer, je früher es losgeht u. je ärger desto besser, weil man dann hoffentlich endlich einmal ein Exempel statuieren wird, welches die segensreichste Rückwirkung auf die anderen Länder der Monarchie haben wird . . .“²⁹. Weit entfernt davon, den Erzherzog zu beruhigen, beschwört Thun die Schatten von Schwarzenberg und Metternich herauf, „damit sie mit scharfem Schwert und scharfem Griff Österreich zu seiner einstigen Größe rückversetzen helfen . . .“³⁰.

Die Korrespondenz wendet sich nach der Wahl Thuns in den böhmischen Landtag deutsch-tschechischen Fragen zu. „Inzwischen bin ich“, wie Thun am 30. November 1899 schreibt, „auch dem Schicksal gewöhnlicher Menschen nicht entgangen und in den böhmischen Landtag gewählt worden, eine sehr fragliche Auszeichnung mit 90 Jungčechen, id est Spitzbuben im selben Lokal zu sitzen. Da wird es wohl an Skandalaffären nicht fehlen . . .“; weiters klagt Thun am 18. Dezember 1899, daß er sich „in Hinkunft dem Parlaments Schwindel — anders kann man es nicht nennen — ergeben muß. Die jetzigen traurigen, ja abstoßenden parlamentarischen Zustände haben vielleicht das Gute, daß sie den Parlamentarismus ad absurdum führen. Wie gut ist es uns durch Jahrhunderte gegangen unter Habsburgs absolutem Szepter . . .“³¹.

Ein interessantes Zeugnis für den eindrucksvollen Charakter des Thronfolgers, der viel von gewaltsamen Methoden spricht, der aber letzten Endes wohl zu klug

²⁷ Nachlaß F. F. II, Karton 19, Schreiben K. Schwarzenbergs aus Worlik, 30. Jänner 1906 an den Thronfolger.

²⁸ Nachlaß F. F. II, Karton 20, Schreiben J. Thuns an den Erzherzog, Tetschen, 23. August 1894.

²⁹ Staatsarchiv Děčín, Zweigstelle Klášterec nad Ohří. Schreiben des Thronfolgers an J. Thun, Budweis, 10. Juli 1895.

³⁰ Staatsarchiv Děčín, Zweigstelle Klášterec nad Ohří. J. Thun, Kwassitz, 4. Mai 1896 an den Erzherzog.

³¹ Staatsarchiv Děčín, Zweigstelle Klášterec nad Ohří. J. Thun, Kwassitz, 30. November 1899 und Prag, 18. Dezember 1899 an den Erzherzog.

ist, um sich zu ihrer Anwendung zu entschließen, ist ein Brief an Thun vom 8. April 1905, in dem er wieder gegen das Rebellentum und den Irredentismus der Magyaren aufs schärfste loszieht, gleichzeitig aber die Propaganda des gleich ihm tiefgläubigen Thun für die Abschaffung des Duellzwanges lobt. „In meinem Inneren gehöre ich nämlich ganz zu Ihren Anhängern³².“ Im Österreich Franz Josephs gehörte selbst zu einer solchen rein privaten Äußerung des Thronfolgers und Generals ein gewisser Mut.

Thun wird in seinem Antwortschreiben vom 19. April 1905 prophetisch: „Ich bin Dualist und man muß es sein, wenn man hohe hehre Ziele vor Augen hat, ohne deshalb Phantast zu werden! Wie herrlich klingt es: katholisch-österreichisch! Es ist fast wie ein heller Schein am trüben Horizonte! Und wie schön wäre es, wenn es dem ersten Fürsten des Landes gelänge, das Banner zu hissen, um welches sich alle Gutgesinnten scharen könnten zum Wiedererstarken eines neuerstehenden im alten Glanze wieder erwachenden Österreichs, das Gott einst als christliches Bollwerk erstehen ließ . . .³³.“

Man kann annehmen, daß dieses schwungvolle Bekenntnis durchaus ehrlich gemeint war und dasselbe gilt wohl auch für einen Brief Franz Ferdinands vom 11. November 1906, der die weitverbreitete Ansicht widerlegt, er hätte seinen Bruder Otto über das Grab hinaus gehaßt. Die Annahme stützt sich zumeist auf Franz Ferdinands tiefe Verstimmung, daß Erzherzog Otto während seiner langwierigen Lungenkrankheit am Hof und in der Öffentlichkeit sozusagen schon als neuer Thronfolger angesehen wurde. Noch mehr habe der Erzherzog, wie angenommen wird, Otto seine Opposition gegen die morganatische Heirat mit Gräfin Sophie Chotek verübelt. Wie dem immer sei, der Thronfolger schreibt nach Ottos Tod an Thun: „. . . Sie können sich denken was ich durchgemacht u. empfunden habe, da Sie wissen wie sehr wir früher aneinander gegangen sind u. wie wir die ganze Kinder u. Jugendzeit zusammen verbracht haben . . . Der arme Otto hat das letzte Jahr so entsetzlich gelitten u. sein Ableben war eine wahre Erlösung für ihn . . . Gott gibt ihm die ewige Ruhe. Ich habe eine schwere Aufgabe jetzt übernommen, nämlich die Vormundschaft der beiden Söhne. Es wird mir diese Aufgabe nicht leicht gemacht, aber ich werde mein ganzes Können einsetzen, um sie zu guten Christen, Österreichern u. Habsburgern zu erziehen . . .³⁴.“ In diesem Briefe klingen bei dem Erzherzog ungewohnte menschliche Töne mit.

Die folgenden Briefe Thuns beziehen sich auf die innenpolitische Misere, das Nachgeben des vom Erzherzog und Thun gehaßten Kabinettes Beck gegenüber Ungarn und „die Schweinerei der Wahlreform“ in Österreich³⁵.

Der Brief des Erzherzogs vom 5. Dezember 1907 greift gleichfalls in die Kerbe des ihm verhaßten Beckregimes, Becks Nachgeben gegenüber Ungarn und die

³² Staatsarchiv Děčín, Zweigstelle Klášterec nad Ohří. Brief des Erzherzogs an J. Thun vom 8. April 1905 aus Konopischt.

³³ Staatsarchiv Děčín, Zweigstelle Klášterec nad Ohří. J. Thun an den Erzherzog, Kwasitz, 19. April 1905.

³⁴ Staatsarchiv Děčín, Zweigstelle Klášterec nad Ohří. Erzherzog an J. Thun, Blühnbach, 11. Dezember 1906.

³⁵ Staatsarchiv Děčín, Zweigstelle Klášterec nad Ohří. J. Thun an den Thronfolger, Kwasitz, 27. Mai 1907 und 1. Dezember 1907.

Verderbnis des allgemeinen Wahlrechtes. Dann aber stellt der Thronfolger eine interessante Betrachtung an: „Ich kann es noch immer nicht begreifen, wie es möglich sein kann, daß unsere altehrwürdige Monarchie von einem jüdischen Redakteur der Arbeiter Zeitung gelenkt wird³⁶! Man mag mich einen Reactionär heißen, aber nach meinen anscheinend veralteten Begriffen sollte sich die Regierung des Kaisers von Österreich auf den Adel, den Clerus, die christlichen Bürger . . . und die Bauern stützen. Auf wen stützt sich die glorreiche Regierung Beck recte Sieghart³⁷, auf die Juden, die Ungarn, die Freimaurer u. Sozialdemokraten . . .“

Nach weiteren Ausfällen gegen Beck und Sieghart wendet sich der Erzherzog der Frage des österreichisch-ungarischen Ausgleichs zu. „Meiner, in Österreich ganz unmaßgeblichen Ansicht nach, handeln Sie vollkommen richtig, wenn Sie jetzt diesen an und für sich sehr schlechten Ausgleich . . . doch bewilligen,“ wie dies Thun aus rein taktischen Gründen in seinem Schreiben vom 1. Dezember dargelegt hatte. Der Erzherzog fährt fort: „Aber nachher hoffe ich auf eine erlösende That, nämlich auf eine sofortige glänzende Schmeißung dieses entsetzlichen Cabinetts und auf die Ersetzung dieser entsetzlichen Gesellschaft durch arische österreichischdenkende conservative Männer³⁸.“

Der Wunsch des Thronfolgers, den von ihm sachlich heftig bekämpften Ausgleich doch unter Dach bringen zu lassen, erklärt sich wohl aus dem Umstand, daß er den von ihm eifrigst geförderten Fall des Ministeriums Beck bereits klar voraussah und ein neues, ihm weit genehmeres und von den österreichischen Christlichsozialen unterstütztes Kabinett nicht an der Ausgleichshürde scheitern sehen wollte³⁹.

Im letzten vorliegenden Schreiben vom 18. Dezember 1907 empfiehlt Thun dem Thronfolger, den „weltgeschliffenen und gereiften Politiker“ Professor Redlich zu empfangen, „der bei allem Parteistandpunkt einen außerordentlichen weiten und gut österreichischen Horizont hat . . .“. Dieser Empfehlung kam der Erzherzog, dem ‚Judenliberale‘ ein Greuel waren, nicht nach; sie wurde aber auch kaum wegen der semiliberalen Einstellung des der deutschfortschrittlichen Vereinigung angehörigen bedeutenden Historikers und Staatsrechtlers erteilt⁴⁰.

Jaroslav Thuns Verachtung gegenüber dem Parlamentarismus ist scharf und extrem. Sie wird aber noch weit von der des Grafen Ernst Silva-Tarouca in den Schatten gestellt, den Kaiser Karl im August 1917 zum Ackerbauminister er-

³⁶ Ob sich diese groteske Behauptung auf Dr. Viktor Adler, den Führer der Sozialdemokraten und langjährigen Herausgeber der Arbeiter Zeitung, oder auf Friedrich Austerlitz, den leitenden Redakteur der Zeitung bezieht, ist nicht festzustellen.

³⁷ Dr. Rudolf Sieghart, damals Chef der Präsidialkanzlei des Ministerratspräsidiums, nachmaliger Gouverneur der Bodenkreditanstalt.

³⁸ Archiv Prag, Brief des Erzherzogs, Konopischt, 5. Dezember 1907. Antisemitische Ausfälle sind in den Briefen des Erzherzogs häufig. Der Begriff „arisch“, der dem völkischen Vokabular entnommen ist, findet sich meines Wissens sonst nicht in seiner ausgedehnten Korrespondenz.

³⁹ Siehe auch Allmayer-Beck, Johann Christoph: Ministerpräsident Baron Beck. Wien 1956, S. 193 f., 203 f., 247 ff.

⁴⁰ Nachlaß F. F. II, Karton 20, J. Thun, Wien, 18. Dezember 1907, an den Erzherzog.

nannte. Dieser deutsch-böhmische klerikale Feudalherr, der dem Erzherzog auch gesellschaftlich nahe stand, hat in den Einigungsverhandlungen zwischen deutschem und tschechischem Großgrundbesitz in Böhmen eine gewisse Rolle gespielt⁴¹. Im Jahre 1905, als er selbst Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses war, schrieb Graf Silva-Tarouca an den Erzherzog wie folgt: „. . . Ich möchte ganz bescheiden darauf aufmerksam machen, daß, nachdem Abgeordnete nicht beschossen werden dürfen, obgleich sie zweifellos zum schädlichen Wild der niederen Jagd zu zählen wären, diese Session [des Abgeordnetenhauses] mich nicht in Wien zu fesseln vermag, daher ein ehrenvoller Ruf zu besserem Tun mich zu freudigem Gehorsam bereit finden dürfte“⁴²! Dieses ‚bessere Tun‘ bezieht sich natürlich auf die Jagd. In einem weiteren Schreiben vom 11. Februar 1909 bemerkt der Graf: „. . . Ein Lichtblick im politischen Nebel ist der Schah von Persien, der meine volle Sympathie hat: das Haupt der Freimaurer ließ er umbringen und am Palastthor an den Füßen aufhängen und vor dem persischen Parlament ließ er Kanonen auffahren und die ganze boutique zusammenschießen, natürlich während die Herren Abgeordneten darin waren. Sehr praktisch! . . .“⁴³. Schließlich gibt Silva-Tarouca in einem Brief vom 23. November 1912 der Hoffnung Ausdruck, daß eine angesagte Jagd nicht dadurch verhindert werden möge, daß „Russen, Serben und andere Ungeziefer . . . störend dazwischen treten“⁴⁴!

Man kann gewiß weder annehmen, daß Silva-Taroucas Gemeinheiten ganz ernst gemeint waren, noch daß der Thronfolger sie ganz ernst genommen hätte. Und doch wirft es einen bedauerlichen Schatten auf ihn, daß Männer wie Silva-Tarouca, Czernin und Jaroslav Thun glauben konnten, durch witzig gemeinte, aber tatsächlich dummdreiste Schmähungen das Gefallen des Erzherzogs zu erregen. Zweifellos haben nicht so sehr ihre ‚Ratschläge‘, wohl aber die üble Atmosphäre, die sie kreieren halfen, einen ungünstigen Einfluß auf den Thronfolger ausgeübt.

Wenn man von dem Kreis der dem Erzherzog vorwiegend gesellschaftlich und gesinnungsmäßig nahestehenden Aristokraten zu dem weiteren seiner vorwiegend politischen Vertrauensmänner übergeht, so denkt man zunächst im böhmischen Bereich an den deutsch-böhmischen Politiker von staatsmännischem Format Dr. Joseph Maria Baernreither und vor allem an den Fürsten Franz Thun. Thun stand, wie schon bemerkt, mit dem Thronfolger freilich auch in gesellschaftlicher Verbindung, doch überwog die politische Beziehung stark. Im Falle Baernreither bestand überhaupt keine andere.

Baernreither hatte dem Erzherzog im Jahre 1908 eine Denkschrift über die Frage des böhmischen Ausgleichs vorgelegt, in der er für die nationale Kreisein-

⁴¹ Nachlaß F. F. II, Karton 19, Schreiben Silva-Taroucas an den Erzherzog, Wien, 13. April 1905, und Pruhonetz, 25. Juni 1905.

⁴² Nachlaß F. F. II, Karton 19, Silva Tarouca an den Erzherzog, Kallwang, 8. September 1905; siehe weiters *Mitis* 144 f.

⁴³ Nachlaß F. F. II, Karton 19, Silva Tarouca an den Erzherzog, Pruhonetz, 11. Februar 1909.

⁴⁴ Nachlaß F. F., *e b e n d a*, Silva Tarouca an den Erzherzog, Pruhonetz, 23. Februar 1912.

teilung eintrat, eine bekannte Kompromißlösung zwischen den radikalen deutsch-nationalen Forderungen nach der administrativen Zweiteilung Böhmens und der tschechischen nach Bewahrung der Einheit des Kronlandes unter Festsetzung des Tschechischen als allgemein verbindliche Landessprache. Diese Denkschrift wurde offensichtlich vom Erzherzog an Czernin geschickt und von diesem mit großenteils nicht nur ablehnenden sondern außerordentlich gehässigen Kommentaren versehen⁴⁵. Der Tenor der Czerninschen Kritik geht dahin, daß man überhaupt nicht von nationalen Forderungen hinsichtlich der Verwaltung, des Gerichtsdienstes usw. sprechen dürfe, sondern daß nur gesamtösterreichische Interessen in Betracht kämen, ein ebenso frommer wie irrealer Wunsch, was Czernin, der dem Erzherzog nach dem Munde redet, natürlich genau wußte⁴⁶.

Im übrigen kam Baernreithers Einfluß auf den Erzherzog weit weniger durch direkte Fühlungnahme als durch die aktive Rolle des erfahrenen Parlamentariers im Kreis des verfassungstreuen deutschen Großgrundbesitzes in Böhmen zum Ausdruck. Seine Ansichten wurden zweifellos durch die Feudalherren zur Kenntnis des Erzherzogs gebracht. Dies war insofern positiv zu werten, als seine politische Bildung im allgemeinen und seine Kenntnis der böhmischen nationalen Verhältnisse im besonderen jener der meisten Ratgeber des Thronfolgers mit Ausnahme des Fürsten Franz Thun weit überlegen war.

In dem vorangeführten Schreiben des Erzherzogs an den Fürsten Karl Schwarzenberg vom 22. März 1896 erklärt er, daß dem Fürsten Thun als Statthalter nur vorzuwerfen sei, daß er zu nobel denke und daß sein Rücktritt von dem Statthalterposten ein großer Verlust für die gute Sache sei⁴⁷. Das entsprach offenbar durchaus seiner Einschätzung Thuns als Statthalter für den Zeitraum von 1889 bis 1896. Dann aber wurde Thun, allerdings ohne daß der Erzherzog vom Kaiser vorher befragt wurde, zu dessen Obersthofmeister ernannt. Dies wurde von Franz Ferdinand offensichtlich als beabsichtigte Demütigung angesehen. Es folgte nun eine Periode von wenigen Monaten, in der der Thronfolger seinem Haß und seiner Verachtung gegenüber dem ihm aufgezwungenen Funktionär Ausdruck gibt. Franz Thun, der keinerlei Höflingstalente für sich in Anspruch nahm, arrogant wirkte, aber offensichtlich wirklichen Stolz besaß, hat die Situation für den Erzherzog nicht leichter gemacht. Sein Rücktritt von dem ihm selbst verhaßten Amt, der nach wenigen Monaten erfolgte⁴⁸, hat das alte Verhältnis der Wertschätzung durch Franz Ferdinand zumindest nach außen hin wiederhergestellt. Das gilt sowohl für Thuns Amtsführung als Ministerpräsident 1898/99, seine weitere Tätigkeit im Herrenhaus, und die neuerliche Geschäftsführung als Statthalter (1911—1915), ein Amt, das er großenteils auf des Thronfolgers Drängen wieder

⁴⁵ Siehe Anmerkung 12 und Nachlaß F. F., Abteilung V, Denkschriften, Memorandum Baernreithers vom November 1908 mit Randbemerkungen Czernins; siehe auch Nachlaß F. F. II, Karton 12, Memorandum Czernins an den Erzherzog vom 26. Juli 1910. Siehe weiters C z e d i k, Alois v.: Zur Geschichte der k. k. österreichischen Ministerien 1861—1916. Bd. 3. Teschen 1917, S. 249—251.

⁴⁶ Nachlaß F. F., Abt. V, Memorandum Baernreithers vom November 1908. Siehe auch M i t i s 186 f.

⁴⁷ Siehe Anmerkung 26.

⁴⁸ Siehe K i s z l i n g 32 f.

übernahm⁴⁹. Freilich findet der Erzherzog bald, daß Thun sich gegenüber dem tschechischen Nationalismus in Böhmen zu tolerant verhält. Dem Ausbruch einer neuen Krise im Verhältnis beider Männer wurde durch den Tod des Erzherzogs, der dem Thuns nur um eineinhalb Jahre vorausging, die Spitze abgebrochen. Im übrigen hat sich vermutlich, schon auf Grund der bitteren Erfahrungen des Jahres 1896, zwischen Thronfolger und Statthalter trotz regen gesellschaftlichen und intensiven politischen Verkehrs niemals ein warmes persönliches Verhältnis entwickelt.

Der erste Brief der Korrespondenz wird am 12. August 1893 von Thun an den auf seiner Weltreise befindlichen Erzherzog nach Yokohama gerichtet. Der Statthalter erklärt: „. . . Das hochverräterische Streben der jungtschechischen Abgeordneten kann nicht unerwidert bleiben, sie zwingen mich rücksichtslos mein Österreich zu vertheidigen. Ich freue mich den rechten Thun gefunden zu haben. Alle Abgeordneten, die Luegerschen [die Christlichsozialen] ausgenommen, waren von Begeisterung hingerissen und stürzten, viele von ihnen mit Thränen in den Augen, auf mich los um mir zu danken. Ich hatte in ihrem Sinne gesprochen! Und das war für mich das erhebende Moment [sic], die volle Überzeugung, daß die Kaiserstreue in den Herzen aller, die Radikalen ausgenommen, fest wurzelt . . .⁵⁰“. Die Stellungnahme Thuns gegen den tschechischen Nationalismus, der die Doppelsprachigkeit der Prager Straßenbezeichnungen zurückwies, war ganz im Sinne des Erzherzogs. Es handelte sich aber, wie beim Thronfolger, durchaus nicht primär um eine Zurückweisung gerade des tschechischen Nationalismus sondern des nationalen Radikalismus überhaupt.

Am 15. Februar 1895 lobt der Erzherzog den Statthalter höchlichst wegen einer Rede, in der er die österreichische Idee vertreten hat: „Mögen Ihre Worte auch bei den exaltierten u. durch lange Nachgiebigkeit u. schlechtes Beispiel verführten Elementen einen Widerhall finden und diese Leute auf den richtigen Weg zurückführen u. sie erkennen lassen, daß es nur ein einziges ungetheiltes Österreich geben kann . . .⁵¹“. Am 20. Juni desselben Jahres schreibt der Thronfolger an Thun hinsichtlich der Nichtbestätigung der Bürgermeisterwahl Luegers seitens des Kaisers. „Inzwischen hat sich auch das mit so viel Emphase dabei aber nicht vorhandener Energie angekündigte Ministerium Badeni eine große Blöße gegeben u. sich sehr geschadet durch Nichtbestätigung Luegers, statt zu führen wird es geführt u. zwar von Ungarn . . . Und wer hat den Vortheil davon, lacht sich ins Fäustchen, die Ungarn, die Liberalen und die Juden. Und mit die-

⁴⁹ Siehe Czedik III, 169—289. — Mitis 33—112 passim, 186—188, 247—259. Hinsichtlich einer Charakterisierung Thuns als Staatsmann, vom tschechischen Standpunkt aus gesehen, siehe Penižek, Josef: Aus bewegten Zeiten 1895—1905. Wien 1906, S. 90—118, 131—146 und Winters, Stanley B.: Kramář, Kaizl and the beginning of the Young Czech party, 1891—1901. In: Brock, Peter/Skillling, H. Gordon (Hrsg.): The Czech Renaissance in the nineteenth century. Toronto 1970, S. 287 f., 299—302.

⁵⁰ Staatsarchiv Děčín (Tetschen), Schreiben vom 12. August 1893 an den Erzherzog. Siehe auch Kolmer, Gustav: Parlament und Verfassung in Österreich. Bd. 5: 1891—1895. Wien 1909, S. 108—114 über die damaligen radikalen Ausschreitungen in Böhmen.

⁵¹ Staatsarchiv Děčín (Tetschen), Thronfolger an F. Thun, Chlumetz, 15. Februar 1895.

sen Elementen regiert man dieses alte Österreich, *ehemals* der Hort des Conservatismus und des Katholizismus in Europa. Und das heißt man constitutionell regieren! . . .“⁵².

Am 24. November 1895 zeigt Thun in seinem Schreiben an den Erzherzog, daß er zu den wenigen Ratgebern des Thronfolgers gehört, der eine gewisse Unabhängigkeit wahrte: „. . . Die Meinung, daß Badeni einen Fehler mit der Nichtbestätigung Luegers gemacht hat, kann ich nur vollkommen theilen, nur muß ich Euere Kaiserliche Hoheit darauf aufmerksam machen, daß mir Badeni, noch bevor er Minister war“⁵³ sagte, von einer Bestätigung könne keine Rede sein . . . Ich führe dies nur an, weil ich daraus annehmen kann, daß auf die erste Urtheilsbildung Badenis kein ungarischer Einfluß genommen war . . .“, wie dies der Erzherzog fest behauptete. Thun führt weiter aus, er habe „das Gefühl, daß Seine Majestät selbst Lueger nicht gerne bestätigt hätte, weil Allerhöchstdenselben das von Lueger an den Tag gelegte Demagogentum u. die wirklich unflätige Art seines Kampfes im Gemeinderath, Landtag und Reichsrath nicht anders als verletzen konnte . . . Verschiedene Erklärungen Badenis in dem Budgetausschuß machen auch den Eindruck, daß sie mehr auf das Bestreben nach einer gewissen Popularität als auf ein selbstbewußtes Kraftgefühl zurückzuführen sind. Als ebensolches muß ich auch die gegenwärtig erfolgte Amnestierung der politischen Urtheile in Böhmen (Omladina und dgl.) ansehen“⁵⁴.

Thun, den die Regierung Badeni als zu nachgiebig gegenüber den Tschechen ansieht, demissioniert nunmehr als Statthalter und berichtet darüber dem Erzherzog am 13. Jänner 1896⁵⁵. Der Thronfolger antwortet ihm am 27. Jänner 1896 von Luxor in Ägypten, wo er sich wegen seines Lungenleidens aufhält:

„. . . Obgleich ich schon seit dem Auftreten des Grafen Badeni eine ähnliche Wendung der Dinge befürchtete, so muß ich Ihnen jetzt, da meine Befürchtung zur Tatsache geworden ist, mein *lebhaftes* Bedauern über Ihren sehr begreiflichen, aber für die Monarchie u. das Land sehr traurigen Entschluß aussprechen. Sie waren, ohne im geringsten schmeicheln zu wollen, durch Ihren conservativen *altösterreichischen* Sinn u. Ihre Thatkraft ein Segen für das Land: ein Vorbild für die doch noch zahlreichen anständigen Elemente.

Wer wird Ihr Nachfolger werden? Ein Individuum Badenis? Wahrscheinlich auch ein Polak, da wir noch zu wenige in unsern höchsten Stellen haben!

Wird nun Böhmen durch den von Badeni herbeigeführten Sieg und Triumph der Jungtschechen dieselbe oder eine ähnliche Rolle spielen wie Ungarn? Bekommen wir wahrscheinlich nächstens als neueste Staatsreform den Trialismus?

⁵² Staatsarchiv Děčín (Tetschen), Thronfolger an F. Thun, Lussin, 20. Juni 1895.

⁵³ Richtig Ministerpräsident.

⁵⁴ Nachlaß F. F. II, Karton 20, F. Thun an den Thronfolger, Prag, 24. November 1895. — Kolmer VI, 2. Die Amnestie bezog sich auf alle während des Ausnahmezustandes in Prag 1893—1895 begangenen politischen Delikte. Die Omladina war eine radikale nationale Geheimverbindung tschechischer Studenten und Arbeiter mit sozialistischem Einschlag.

⁵⁵ Nachlaß F. F. II, Karton 20, Schreiben F. Thuns an den Thronfolger vom 13. Jänner 1896. Siehe auch Winters, Stanley B.: *The Young Czech Party (1874—1914): an appraisal* *Slavic Review* 2813 (Seattle 1969) 437 f.

Jedenfalls ist das eine zu constatieren, daß alle Zustände in der Monarchie dermaßen zerfahren sind, daß es ein Greuel ist u. wir nur triste in die Zukunft sehen können.

Und der vielversprechende echte — daher falsche — Polak Badeni, der Vaterlandsretter u. ‚Führer‘ wird das verfahrenes Staatsschiff nicht retten, sondern nur noch mehr in den Sumpf u. Schlamm führen, wenn er um die Gunst solcher Elemente wie Jungčechen buhlt. Diess ist meine Ansicht.

Wenigstens können Exzellenz mit dem Gefühl scheiden Alles gethan zu haben, um das Wohl und Heil des Ihnen anvertrauten Landes in vorzüglichster Weise zu fördern u. ich hoffe, daß Sie nach so aufopfernder patriotischer Thätigkeit Ihre Ruhe recht genießen u. doch mit Stolz u. Freude auf Ihre 6 jährige Statthalterschaft zurückblicken . . .⁵⁶“

Inzwischen erfolgt die dem Erzherzog unerwünschte Ernennung Thuns zu seinem Obersthofmeister und dies ruft Briefe Franz Ferdinands wie die folgenden hervor. Am 25. Juni 1896 schreibt er, Thun möchte bei nicht offiziellen Anlässen in Zivil vor ihm erscheinen, „denn Sie müssen schon verzeihen, aber da sie nicht Soldat sind noch waren, so macht mir diess, wenn Sie die kriegerische Kleidung anziehen, immer den Eindruck einer Maskerade . . .“⁵⁷. Ähnliche Beleidigungen sind offensichtlich diesem Brief schon vorangegangen.

Auf das Ersuchen Thuns vom 6. Juni 1896, „Kränkungen und verletzende Mitteilungen brieflich und nicht en clair telegraphisch zu machen“, da ein Telegramm durch zu viele Hände geht, reagiert der Erzherzog am 26. Juni folgendermaßen: „Ob ich kränkende und verletzende Ausstellungen brieflich oder telegraphisch zu machen habe, beurtheile ich selbst und nehme hierin keine Belehrungen von Ihrer Seite an. Ob ich dadurch die Disziplin untergrabe ist meine Sache u. so lange ich noch der Herr meiner Untergebenen bin thue ich was ich will u. für den betreffenden Fall für das notwendige halte . . .“ In einem weiteren Schreiben vom 26. Juni, das dem vorzitierten unmittelbar folgt, erklärt der Erzherzog: „ . . . ich mache Sie aufmerksam, daß ich Soldat bin u. gewohnt bin meine Befehle nur einmal zu geben u. strikte Durchführung derselben zu verlangen“⁵⁸.“ Doch nicht nur dienstliche Fragen werden während der unglücklichen Monate von Thuns Obersthofmeisterstelle behandelt. In einem Schreiben vom 13. August 1896 wird vom Erzherzog gegen „den schlechten Willen“ des „Polaken“ Goluchowski, des Außenministers, polemisiert. Hier erregt es seinen Zorn, daß einem erzherzoglichen Auszeichnungsantrag nicht stattgegeben wurde, „nachdem man z. B. in Ungarn soviel Gauner, Schweine u. Hochverräther sogar mit dem goldnen Vliesse dekoriert . . .“⁵⁹. Ungefähr um diese Zeit gibt der Erzherzog auch gegenüber seinem damaligen nahen Vertrauten, dem späteren Ministerpräsidenten Beck, seiner Verzweiflung über Thun Ausdruck, dem er „seinen Hochmuthsteufel und das Strebertum austreiben“ will⁶⁰.

⁵⁶ Staatsarchiv Děčín (Tetschen), Brief des Thronfolgers an F. Thun, Luxor, 27. Jänner 1896.

⁵⁷ Staatsarchiv Děčín. Schreiben des Thronfolgers an Thun vom 25. Juni 1896.

⁵⁸ Nachlaß F. F. II, Karton 20, F. Thun an den Thronfolger, Tetschen, 6. Juni 1896 und Staatsarchiv Děčín, F. F. an Thun, Konopischt, 26. Juni 1896.

⁵⁹ Archiv Prag, F. F. an F. Thun, Konopischt, 13. August 1896.

⁶⁰ Nachlaß F. F. II, Karton 8 a, Thronfolger an Beck, Cairo, 10. März 1896.

Ende August 1896 will Thun begreiflicher Weise sein Amt niederlegen, was aber der Erzherzog, um nicht das Mißfallen des Kaisers zu erregen, zunächst ablehnt. Daß diese Ablehnung zum Teil mit Rücksicht auf Thuns Ansehen erfolgt, wie dies der Thronfolger schreibt, klingt nicht überzeugend, obwohl der Erzherzog sich diese Auffassung sicherlich selbst einredete⁶¹.

In einem Schreiben des Kaisers an Franz Ferdinand vom 18. Oktober 1896 wird die Situation schließlich klargestellt: „Ich habe neulich Graf Thun, als er auf seine Demission drängte, gebeten damit noch zuzuwarten und vorläufig auf Urlaub zu gehen um den ungünstigen Eindruck den die so bald nach der Ernennung folgende Demission machen muß u. besonders das üble Licht zu vermeiden, welches dieselbe auf Dich werfen wird. Ich will daher dem von mir angeordneten Urlaub nicht unmittelbar die definitive Entlassung folgen lassen . . .“⁶².

Sobald Thun die ihm verhaßte Stellung niedergelegt hat, wechselt der Erzherzog sein Verhältnis zu ihm der Form nach überraschend schnell. Thun wird von nun an wieder mit großer Höflichkeit und Respekt behandelt. Eine menschlich warme Beziehung ist allerdings offensichtlich weder ihm noch dem Thronfolger erwünscht⁶³. Ein gewisser gesellschaftlicher Verkehr, insbesondere als Jagdgast des Erzherzogs, findet zwar statt, doch werden politische Fragen, soweit dies aus der Korrespondenz ersichtlich ist, erst 1905 wieder berührt. Während der Ministerpräsidentenschaft Thuns hat sich der Erzherzog allerdings über dessen Nachgiebigkeit gegenüber den Jungtschechen, die durch den dem Thronfolger höchst ungenehmen Dr. Josef Kaizl als Finanzminister in der Regierung vertreten waren, scharf ausgelassen⁶⁴.

In einem Schreiben vom 31. September 1905, das sich vor allem mit der Frage des Protektorats einer Ausstellung im deutschen Sudetengebiet in Reichenberg befaßt, werden direkte politische Kontakte wieder aufgenommen. Der Erzherzog schreibt: „. . . Ihre Ansichten sind ganz die Meinen. Ganz dieselben Bedenken, die ich hatte erwähnen auch Sie u. besonders seit Sie so freundlich waren mir den Aufruf zu schicken, sehe ich immer mehr, daß die ganze Geschichte einen sehr nationalen Anstrich annimmt und in diesen Gegenden besonders unangenehm und gefährlich ist. Der Aufruf mißfällt mir ungemein u. es klingt sehr provokatorisch für die andere das Land bewohnende Nationalität. Nach Allem zu urtheilen fürchte ich sehr, daß das Unternehmen einen sehr radical deutschen Anstrich annehmen wird u. nachdem diese Richtung meinen Ansichten u. Sympathie nach direct zuwiderläuft so werde ich das Protektorat nicht übernehmen u. trachte die Herren auf [sic!] meinen Bruder Ferdinand zu weisen . . .“⁶⁵.

In einem langen Schreiben vom 21. Juli 1908 beschäftigt sich der Erzherzog

⁶¹ Staatsarchiv Dčín (Tetschen), Erzherzog an F. Thun, 17. September 1896.

⁶² Nachlaß F. F. II, Karton 1, Brief des Kaisers an den Erzherzog, Budapest, 18. Oktober 1896.

⁶³ Staatsarchiv Dčín (Tetschen), Erzherzog an F. Thun, Algiers, 8. Februar 1897.

⁶⁴ Beck Archiv, Wien: Schreiben des Thronfolgers an Beck, Konopischt, 5. September 1899, zitiert von Kiszling 70. Siehe auch Baernreither 31—55, 77—81.

⁶⁵ Staatsarchiv Dčín (Tetschen), Erzherzog an F. Thun, Konopischt, 31. September 1905. Der jüngste Bruder des Thronfolgers, Erzherzog Ferdinand Karl.

mit der notwendigen Förderung der katholisch-vaterländischen, anti-dualistischen, anti-ungarischen Presse und begrüßt Thuns Unterstützung solcher Bestrebungen⁶⁶.

In zwei weiteren Schreiben vom Spätsommer und Herbst 1908 bittet und dankt der Thronfolger Thun für seine Unterstützung in Fragen des österreichisch-ungarischen Ausgleichs, insbesondere in bezug auf die gemeinsame Armee⁶⁷. Zwei Briefe Thuns an den Erzherzog vom 19. Dezember 1910 und 5. Jänner 1911 beschäftigen sich hingegen ausschließlich mit Fragen der Möglichkeit eines deutsch-böhmischen Ausgleichs. Die bevorstehende Neubesetzung des Statthalterpostens in Prag, für den der Thronfolger Thun wieder gewinnen will, bietet den äußeren Anlaß zu Thuns Schreiben. Dieser ist jedoch im ersten der beiden Briefe schon durchaus pessimistisch:

„Wäre der Faden der Verständigung, wenn auch noch so dünn, weiter zu spinnen gewesen, hätte ich es für möglich gehalten, hier als Statthalter den Versuch zu machen mein Möglichstes zu leisten, ich hätte alle persönlichen Opfer zu bringen gewußt. Wie steht es aber jetzt? Meine Friedensbedingungen von beiden Seiten verworfen; die Ausgleichsverhandlungen total gescheitert, gänzlich abgeblasen; alles was bisher geleistet von der Bildfläche verschwunden. Die Böhmen werden fürchte ich eher schärfer als milder sich zur Regierung stellen, sie müssen das den Statthalter bei jeder Gelegenheit empfinden lassen — ich habe das schon einmal verkostet. Die Deutschen mögen mich nicht, sie wissen mit Recht, daß ich mit ihrer ungerechten böhmischen Politik nicht einverstanden bin. Ich werde von keiner der beiden Seiten unterstützt, werde von beiden Seiten gleichmäßig auf das wüthendste angegriffen werden, wenn ich für die Ordnung im Lande einzugreifen verpflichtet sein *werde, wenn* ich nationalen Übergriffen entgegentreten muß . . .“⁶⁸

Kaum zwei Wochen später faßt Thun die Sachlage nochmals zusammen:

„. . . Wie kann ich als Statthalter die in mich gesetzten Erwartungen auch nur im Geringsten erfüllen, wenn ich von beiden Völkern mit Mißtrauen aufgenommen werde, wenn ich unter einer Regierung stehe, die selbst die böhmische Frage nicht beherrscht, und die, wie die Dinge liegen, vielleicht genöthigt ist, jedem Wunsch der Deutschen ein williges Ohr zu leihen . . .“

Dies würde aber natürlich zur schärfsten Opposition der Tschechen — für Thun immer die ‚Böhmen‘ — führen⁶⁹. Drei Tage später spricht sich Thun über die notwendigen Qualifikationen eines neuen Statthalters aus, der er aber nicht selbst zu werden wünscht:

„Es dürfte kein Bürgerlicher sein, denn sein socieller Verkehr wäre dann in einem der beiden nationalen Gesellschaftslager: er würde schon deshalb als partiisch angesehen werden. Er muß unbedingt in Wort und Schrift perfekt böhmisch verstehen können.“

In Betracht kämen allenfalls der Statthalter von Mähren Baron Karl Heinold,

⁶⁶ Staatsarchiv Děčín (Tetschen), Thronfolger an F. Thun, Bühnbach, 21. Juli 1908.

⁶⁷ Staatsarchiv Děčín (Tetschen), Thronfolger an F. Thun, Wien Belvedere, Herbst 1908 und ein weiteres undatiertes Schreiben aus dem Jahr 1908, vermutlich Spätherbst.

⁶⁸ Nachlaß F. F. II, Karton 20, F. Thun an Erzherzog, 19. Dezember 1910.

⁶⁹ Nachlaß F. F., ebenda, F. Thun an Erzherzog, Tetschen, 5. Jänner 1911.

Graf Max Coudenhove, der 1915 Thuns Nachfolger als Statthalter wurde, Fürst Karl Schwarzenberg, Graf Adalbert Schönborn und Graf Ottokar Czernin, über den sich Thun folgendermaßen ausläßt:

„Czernin wenn er perfekt *böhmisch* reden kann, was ich nicht weiß. Ein sehr fähiger Mensch, wird aber bald sehen, daß alles was er sich denkt und wünscht, nicht so leicht durchzusetzen ist. Die Statthalterschaft wäre eine gute Sache für ihn, denn der Mann hat jedenfalls noch eine politische Zukunft . . . Die Sprache müßte er ganz beherrschen, sonst würde er von den Böhmen zu stark bekämpft, verübeln sie es ihm als Nachkomme seines Vaters und Großvaters doch, daß er ein verfassungsmäßiger Großgrundbesitzer ist . . .⁷⁰“

Am 7. Jänner 1911 nimmt der Erzherzog zur Situation Stellung:

„. . . So ungemein leid es mir tut, daß Sie auf den Statthalterposten verzichten, so verstehe ich andererseits Ihre Bedenken, besonders nachdem sich die Situation in letzter Zeit wieder so zugespitzt hat. Ohne Schmeichelei: ich hatte mich außerordentlich gefreut, als ich erfuhr, daß Sie für diesen so schwierigen Posten designiert seien. Ich dachte, daß gerade Sie als Grandseigneur, der keiner der beiden Nationalitäten schroff gegenübersteht und sich schon so eine Riesenmühe mit dem Ausgleichswerk gegeben hat u. die Sache schon so weit brachte, der geeignetste Mann als Statthalter wäre. Und nebstbei, wieder ohne Schmeichelei genießen Sie im ganzen Lande bei allen Parteien, die gutgesinnt und staatsertreu sind große Beliebtheit u. Ansehen. Gewiß hätten Sie Ihre Aufgabe vorzüglich gelöst u. hätten Alles beigetragen um dem Frieden näher zu kommen ohne dabei sich oder der schon *sehr geschwächten* Staatsautorität etwas zu vergeben.

Ich habe noch ein kleines Fünkchen Hoffnung, daß Sie sich die Sache vielleicht doch noch überlegen. Aber selbst wenn dies zu meinem lebhaften Bedauern nicht der Fall wäre, so pflichte ich Ihrem Entschlusse bei, nachdem ich überzeugt bin, daß Sie wohl nach reiflicher Erwägung das Richtige treffen werden. Jedenfalls bitte ich Exzellenz, sei es als Statthalter, sei es in Ihrer jetzigen Stellung auf das Innigste, arbeiten Sie weiter an dem von Ihnen so glänzend begonnenen Werke des Ausgleiches, welches ja nur durch die Dazwischenkunft einiger schlechtgesinnter Elemente [vielleicht Emissäre einer früheren Regierung] zu einem *momentanen* Stillstand gekommen ist.

Wie Alles seine guten Seiten hat, so hat dieses momentane Scheitern der Verhandlungen nach meiner Ansicht den großen Vortheil, daß Bienerth nicht gezwungen ist ein parlamentarisches Ministerium zu bilden, wo sogleich der Schacher der Abgeordneten u. die allergrößte Herabsetzung jeder Autorität à la Beck wieder begonnen hätte . . .⁷¹“

Es ist nicht ganz leicht, in diesem Brief denselben Mann zu sehen, der Thun vierzehn Jahre früher geschrieben hatte: „Und wenn ich meinem Obersthofmeister befehle zu den Zulukaffern zu gehen, so hat er zu den Zulukaffern zu gehen⁷².“

Nachdem der Kaiser und Franz Ferdinand diesmal gemeinsam Thun drängten,

⁷⁰ Nachlaß F. F., ebenda, F. Thun an Erzherzog, Tetschen, 8. Jänner 1911. Siehe auch *Mitis* 181—188.

⁷¹ Staatsarchiv Děčín (Tetschen), Erzherzog an F. Thun, Konopischt, 7. Jänner 1911.

⁷² Staatsarchiv Děčín (Tetschen), Erzherzog an F. Thun, 13. Oktober 1896.

die Statthalterschaft nicht zurückzuweisen, erfolgte am 17. Jänner 1911 die Ernennung. Das nächste Schreiben des Erzherzogs an den inzwischen vom Kaiser in den Fürstenstand erhobenen Thun vom 17. Juli 1912 bezieht sich wieder auf den böhmischen Ausgleich und zwar im Zusammenhang mit der Stellung des Herrschers in der Gesamtmonarchie. Wie immer, wenn die Möglichkeit eines staatsrechtlichen Ausgleichs aktuell zu werden scheint, befürchtet der Thronfolger, daß dies auf Kosten der Stellung des Monarchen geschehe:

„Aus der mir erstatteten Meldung über den Stand des deutsch-österreichischen Ausgleichs habe ich entnommen, daß im Entwurf der neuen Landesordnung der kurze einheitliche ‚Kaiser‘-Titel durch die Bezeichnungen: ‚Der Kaiser und König, der Monarch der Herrscher‘, ersetzt werden soll.

So sehr ich die Bestrebungen Eurer Durchlaucht zur Herstellung des nationalen Friedens in Böhmen würdige, wäre ich jedoch mit einer solchen Umgehung der staatsrechtlich festgelegten Titulatur Seiner Majestät als ‚Kaiser von Österreich‘ entschieden nicht einverstanden.

Unklarheiten in dieser Hinsicht könnten zu Konsequenzen führen, deren Tragweite heute noch gar nicht abzusehen ist, und glaube ich betonen zu müssen, daß die Finalisierung des auch mir ganz besonders am Herzen liegenden nationalen Ausgleiches in Böhmen nicht durch staatsrechtliche Zugeständnisse bezüglich der Bezeichnung des Monarchen erkauft werden dürfte . . .⁷³“

Im allgemeinen kann man wohl sagen, daß Thuns konservative Politik, die gleichermaßen gegen den tschechischen wie gegen den deutschen Nationalismus gerichtet war, das Vertrauen des Erzherzogs besaß. Das gilt im Prinzip für Bemühungen um die gesetzliche Herstellung eines deutsch-tschechischen Ausgleiches in Böhmen, soweit er, wie dies bei den Verhandlungen zwischen 1910 und 1912 der Fall war, sich hauptsächlich auf die Zusammenarbeit des deutschen und tschechischen Großgrundbesitzes bezog. Es galt im wesentlichen aber nicht für die Verwaltungspraxis. Sobald von autonomen Einrichtungen für beide Völker ernstlich die Rede war, fürchtete der Thronfolger, daß dadurch in die Rechte der Krone eingegriffen werden könnte. Franz Ferdinand unterstützte gewissermaßen, ohne daß ihm dies selbst bewußt war, gegenüber der Forderung nach der Gleichberechtigung der Völker jene ihrer Gleich-Nichtberechtigung. Es ist zuzugeben, daß er hierbei nationale Vorurteile, von welcher Seite immer sie kamen, sofern sie nicht religiös fundiert waren und nicht die Magyaren betrafen, schroff ablehnte. Obwohl sich der Thronfolger wie Franz Joseph in einem zentralistischen Sinne als Deutscher fühlte, ist er doch auf lange Sicht hin dem gemäßigten tschechischen Nationalismus, man kann nicht sagen wohlwollender, aber doch weniger besorgt gegenübergestanden als dem deutschen⁷⁴.

In diesem Sinne hat er zumindest im Jahre 1903 zugestimmt, mit dem bedeutenden Jungtschechenführer Kramář zu sprechen. Dieses Zugeständnis — und für den Erzherzog war es ein Zugeständnis — ist auf die Empfehlung Beckts zurück-

⁷³ Staatsarchiv Děčín (Tetschen), Erzherzog an F. Thun, Chlumetz, 17. Juli 1912. — Siehe auch Mitis 181—188 und P l e n e r, Ernst v.: Erinnerungen. Bd. 3. Stuttgart 1921, S. 297, 406 f.

⁷⁴ K a n n: Erzherzog Franz Ferdinand, siehe insbes. 400—403.

zuführen, bevor er Ministerpräsident wurde und dadurch das Vertrauen des Erzherzogs völlig verlor. Eine derartige Konzession hat Franz Ferdinand zum Beispiel dem Grafen Tisza selbst als ungarischem Ministerpräsidenten verweigert. Allerdings schärfte der Thronfolger Beck nachdrücklich ein, daß keinerlei Nachricht über die Fühlungnahme mit Kramář in die Öffentlichkeit dringen dürfte. Weitgehende Schlüsse auf eine pro-tschechische Haltung des Erzherzogs sind hier aber keineswegs gerechtfertigt. Kramář, der die Liebenswürdigkeit des Erzherzogs, die er im Bedarfsfall spielen ließ, voll erkannte, blieb skeptisch gegenüber einer Politik, die in erster Linie auf die Stärkung der Krone bedacht war⁷⁵.

Was schließlich die Männer betrifft, mit denen der Thronfolger ausschließlich auf Grund eines dienstlichen Verhältnisses zu ihm selbst oder zum Kaiser in Verbindung stand, so kann man im Hinblick auf seine stark ausgeprägte eigenwillige Persönlichkeit auch nur von mittelbaren Einflüssen sprechen. Von wirklich großer Bedeutung war selbst in dieser Hinsicht nur bis 1907 der Kontakt mit Beck und späterhin mit Alexander Brosch von Aarenau, der von 1906 bis 1911 Leiter der Militärkanzlei des Erzherzogs war. Brosch, ein überaus fähiger und dem Erzherzog tief ergebener Mann, hat die typisch deutsch-zentralistische Einstellung alten Stils der Offiziere deutscher Muttersprache gehabt. Nationalistische Phrasen und Propaganda hat er wie der Erzherzog selbst als plebeisch empfunden. Im Oktober 1911 hat er den Thronfolger auf seine taktvolle und vorsichtige Art einmal gewissermaßen gewarnt, daß „die Stimmung des deutschen Nationalverbands gegen Eure kaiserliche Hoheit nicht günstig ist. Man fürchtet ein absolutistisches klerikales und tschechenfreundliches Regime und die Feinde Eurer kaiserlichen Hoheit sind bestrebt diese Meinung zu verstärken. Für die Durchführung des großen Programmes, welches Eure kaiserliche Hoheit zur Wiederherstellung der Reichseinheit und der damit zusammenhängenden Niederwerfung Ungarns entworfen haben, ist jedoch die Grundbedingung, daß die Österreicher von Anfang an geschlossen hinter der Krone stehen . . .“⁷⁶.

Bardolff, Broschs Nachfolger, war nicht nur deutschzentralistisch, sondern entschieden deutschnational eingestellt, doch hat der Thronfolger, unbeschadet seiner Wertschätzung für diese Offiziere, sie beide letzten Endes als Untergebene behandelt, deren Einfluß deutliche Grenzen gesetzt waren.

Beck, der nicht in einem unmittelbaren Dienstverhältnis zum Thronfolger stand, war in dieser Beziehung bis 1906 unabhängiger gestellt. So hat er sich schon in

⁷⁵ Nachlaß F. F. II, Karton 9, Schreiben Becks vom 8. Jänner 1903 an den Erzherzog. — Siehe auch Kiszling 221. — Sosnosky 52. Beck hat ungefähr zu gleicher Zeit auch den Empfang des Obmanns des Tschechenklubs im Reichsrat, Dr. Friedrich Pácač, durch den Erzherzog empfohlen. Nachlaß F. F. II, Karton 9, Schreiben vom 21. Jänner 1903.

⁷⁶ Nachlaß F. F. II, Karton 11, Schreiben von Brosch an den Erzherzog, Wien, 29. Oktober 1911. Das hier erwähnte große Programm zum Regierungswechsel befindet sich im Nachlaß des Erzherzogs, Karton 1d. Es wurde in den Grundzügen von Brosch selbst entworfen und von anderen Vertrauensleuten des Erzherzogs (wie Conrad, Czernin, Lammasch, Turba etc.) kommentiert bzw. revidiert. Von einer „Niederwerfung Ungarns“ kann in diesem Zusammenhange nur in einem metaphorischen Sinn gesprochen werden.

einem Schreiben an den Erzherzog vom 16. Dezember 1898 zwar als Gegner der Badenischen Sprachenverordnungen bekannt, aber entschieden vor einer Umschaltung auf einen deutschen Kurs gewarnt. „ . . . Auf der Rechten herrscht Verstimmung, bei den Čechen Erbitterung . . . In ihren Augen bedeutet — nicht mit Unrecht — die schlechthinnige Aufhebung der Sprachenverordnung den Sieg jener, die mit gewalttätigen Mitteln den Staat an den Rand des Abgrunds gebracht haben und eine rücksichtslose Parteiherrschaft erstreben . . .“⁷⁷ Daß Beck sich beim Erzherzog für die Aufnahme von Kontakten mit tschechischen Führern einsetzte, wurde bereits bemerkt. Der Umstand, daß sich die Beziehungen des Erzherzogs zu Beck seit 1906 von großer Sympathie in schroffe Ablehnung, ja Haß verkehrten, hat vermutlich keinen direkten negativen Einfluß auf die Einstellung Franz Ferdinands gegenüber den Tschechen gehabt, wohl aber die positive Wirkung von Becks früheren Ratschlägen unwirksam gemacht.

Ein von Rudolf Sieghart veröffentlichter Brief des Erzherzogs vom 4. März 1901 an den damaligen Ministerpräsidenten v. Körber bestätigt im wesentlichen das hier über die Haltung des Thronfolgers gesagte, doch widerspricht er ihm auch scheinbar, in anderer Hinsicht. In dem Schreiben beschwört der Thronfolger Körber, „den Čechen absolut nicht nachzugeben! Wir wissen, wie wir mit dem Dualismus bereits unsere Monarchie an den Rand des Grabes gebracht haben, jetzt soll eine zweite, ebenso eminente Gefahr durch die Čechen entstehen! Jetzt gilt es; wenn man jetzt nachgibt und mit den Čechen paktiert und ihnen nationale Zugeständnisse macht, so ist Alles verloren und wir züchten uns künstlich einen Trialismus, der das ohnehin so gelockerte Gefüge der Monarchie ganz ruiniert“⁷⁸!

Interessant ist, daß der Erzherzog außer den Radikalen den feudalen Adel für diese Situation verantwortlich macht und hier besonders den Fürsten Georg Lobkowitz, den Fürsten Friedrich Schwarzenberg, und die Grafen Georg Harrach und Franz Thun.

Wenn man von den jähren Schwankungen des erzherzoglichen Temperaments absieht, so scheinen mir die in diesem Brief vorgetragenen Ansichten keineswegs so widersprüchlich zu sein, wie es den Anschein haben mag. Ungleich seiner Haltung gegenüber den Magyaren, lehnt der Erzherzog nicht das Tschechentum an sich ab, sondern die angebliche Gefahr eines drohenden Trialismus, der die Tschechen als dritte Staatsnation anerkennen würde. Wo immer er eine Bedrohung der Reichseinheit sieht, ist der Thronfolger empfindlich und den Magyaren gegenüber geradezu paranoisch. Die Verstimmung in bezug auf verschiedene böhmische Feudalherren ist im ganzen wohl als vorübergehend anzusehen, obwohl natürlich gegenüber Thun die Erinnerung an die Krise der Vergangenheit zwischen beiden Männern mit eine Rolle spielen mochte. Offenbar hat Franz Ferdinand selbst die Einigungsbestrebungen zwischen dem hohen deutschen und tschechischen Adel in Böhmen zwar grundsätzlich zustimmend, aber letzten Endes doch mit Mißtrauen betrachtet. Wenn man den Erzherzog unbeschadet gelegentlicher Temperament-

⁷⁷ Nachlaß F. F. II, Karton 8, Schreiben Becks an den Erzherzog, Wien, 16. Dezember 1898.

⁷⁸ Sieghart, Rudolf: Die letzten Jahrzehnte einer Großmacht. Berlin 1932, S. 462 f.

ausbrüche gewiß nicht als tschechenfeindlich hinstellen kann, so noch weit weniger als reformfreundlich. Über die Frage der Beschränkung, aber keineswegs Aufhebung, des dualistischen Systems hinaus ist den auf seine Initiative hin ausgearbeiteten Reformplänen gewiß schon auf Grund der Ideen und Persönlichkeiten ihrer Bearbeiter großes Interesse aber darum nicht notwendigerweise politisches Gewicht beizumessen. Erzherzog Franz Ferdinand ist gegenüber seiner Familie, den Männern seines Vertrauens und den Völkern des Reiches nur von einem Gesichtspunkt aus zu verstehen, dem des Herrschers und seiner Rechte im Machtstaat. Das ist die grundlegende Schwäche der um ihn, aber nicht durch ihn entstandenen politischen Konzepte, der dunklen Züge in seinem Charakter. Gleichzeitig liegt aber in dieser monumentalen Einseitigkeit auch der Grund, weshalb diese großangelegte, wahrhaft tragische Persönlichkeit den Historiker immer wieder fesselt.